Mittag-Ausgabe.

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil: J. Hachfeld,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen **in Posen** bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in **Gnesen** bei S. Chraplewski, in **Meseritz** bei Ph. Matthias, in **Wreschen** bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 47

Die „**Posener Zeitung**" erscheint wochentäglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 20. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **80 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm.** angenommen

1891

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

47. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Antrag Auer auf Aufhebung von Untersuchungsmaßregeln gegen den Abg. Grillenberger wegen Beleidigung, die während der Vertagung des Reichstags in Bayern eingeleitet worden war.

Abg. Singer betont, daß diese Untersuchung der Indemnität der Abgeordneten widerspreche, die durch die Vertagung nicht unterbrochen werde.

Abg. Dr. Hartmann (konf.) hält die Gerichte zu ihrem Vorgehen für befugt und andererseits eine Unterbrechung der Untersuchung nicht für möglich.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld erklärt diese Auffassung als dem Standpunkt der bayerischen Regierung entsprechend.

Abg. v. Unruhe-Bomst beantragt, das Verfahren gegen den Abg. Grillenberger für die Dauer der Session einzustellen.

Abg. Singer erklärt sich gegen diesen letzteren Antrag und bittet, die prinzipielle Frage, ob es statthaft sei, einen Abgeordneten während der Dauer der Session zur Untersuchung zu ziehen, zur Entscheidung zu bringen.

Abg. Träger meint gleichfalls, daß die Einleitung des Strafverfahrens der Verfassung widerspreche. Allerdings werde sich die nachträgliche Einstellung der Untersuchung nicht mehr gut durchführen lassen. Dennoch befürworte er den Antrag Singer.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird der Antrag Unruhe angenommen und der Antrag Auer auf Vorschlag des Abg. Munckel an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Berathung des Etats ein.

Beim Etat des Reichstages, Titel 8 der Ausgaben, bemängelt Abg. Richter, daß, während sonst bei den Gesetzen in jeder neuen Lesung eine besondere Zusammenstellung gedruckt wird, dies beim Etat nicht geschieht, so daß, da der Etat auch in der Gesetzsammlung nur in summarischer Zusammenstellung erscheint, die Veränderungen desselben erst im folgenden Jahre im neuen Etat sichtbar werden, wodurch die Uebersichtlichkeit der Etatsverhältnisse sehr erschwert wird. Redner empfiehlt zur Abstellung dieses Mißstandes eine Drucklegung des festgestellten Etats ähnlich wie im Abgeordnetenhause.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 11 (Entschädigung an Privateisenbahnen für die freie Fahrt der Reichstagsabgeordneten) bemerkt

Abg. Richter: Die Nothwendigkeit, den Reichstagsabgeordneten Diäten zu gewähren, stellt sich immer dringlicher heraus. Man nahm früher geringere Sessionen an, als sie gegenwärtig wirklich stattfinden, als man die Diätenlosigkeit beschloß. Man hat geglaubt, die Diätenlosigkeit durch Abkürzung der Sessionen weniger empfindlich zu machen. Nun dauert die jetzige Session schon fünf Monate, und die zweite Hälfte der Wahlperiode wird voraussichtlich noch mehr Zeit in Anspruch nehmen. Die Diätenlosigkeit hat einen wesentlichen Einfluß auf die Präsenz im Hause; während das Abgeordnetenhaus stets beschlußfähig ist, läßt die Beschlußfähigkeit in diesem Hause sehr viel zu wünschen übrig, und daß ein beschlußunfähiges Haus auf die ganze geschäftliche Behandlung in mancher Beziehung ungünstig wirkt, bedarf keiner näheren Erörterung. Wegen der Diätenlosigkeit ist auch die Annahme eines Mandats auf einen Kreis von Personen beschränkt, zumeist von solchen, die hier in Berlin wohnen. So kommt es, daß dieselben Abgeordneten durch mehrere Kommissionen gleichzeitig in Anspruch genommen werden, ganz abgesehen davon, daß sie vielfach auch Mitglieder des Herrenhauses sind. Diese Verhältnisse sind noch ungünstiger gestaltet seit der Einführung der 5jährigen Wahlperiode. Bis 1867 war die Gewährung von Diäten an Volksvertreter in Deutschland ein allgemeines konstitutionelles Recht, und im ersten konstitutionellen Reichstag waren die Regierungen mit Ausnahme Preußens ebenfalls davon durchdrungen, und nur der persönliche Wille des Fürsten Bismarck hat die Diätenlosigkeit durchgesetzt. Es hat sich aber im Laufe der Zeit herausgestellt, daß Fürst Bismarck damals von falschen thatsächlichen Voraussetzungen in Bezug auf die Wirkung der Diätenlosigkeit ausgegangen ist. Nun hat der jetzige Reichskanzler in seiner ersten Rede im Abgeordnetenhause ausgeführt, daß die Regierung bereit sein würde, bisher zurückgehaltene Wünsche zu prüfen und berechtigten nachzukommen. Ich lege dem Reichskanzler nahe, auch diese Frage zu prüfen. Wir müssen uns vorbehalten, in dieser oder jedenfalls in der nächsten Session einen desfallsigen Antrag einzubringen. Die Sache würde sich aber viel einfacher erledigen lassen, wenn die Regierung die Initiative ergreifen würde.

Der Etat des Reichstags sowie der Etat des Reichsamts des Reichskanzleramts werden hierauf ohne weitere Debatte erledigt.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern.

Bei Tit. 1 (Staatssekretär) wünscht

Abg. Lingens allgemeine Sonntagsruhe in den Fabriken.

Abg. v. Keudell (Rp.) bespricht die Folgen der Trunksucht, auf die über 55 Proz. aller Verbrechen zurückzuführen seien, und befürwortet ein Einschreiten des Staates zur Bekämpfung derselben. Auf eine Anfrage des Redners, ob ein Trunksuchtsgesetz ausgearbeitet werde, erwidert

Staatssekretär v. Boetticher: Es haben Meinungsaustausche unter den verbundenen Regierungen stattgefunden, und die überwiegende Zahl hat sich dahin ausgesprochen, daß ein Bedürfniß zum gesetzgeberischen Vorgehen auf diesem Gebiete anzuerkennen sei. (Hört! hört!) Und demgemäß sind kommissarische Verhandlungen eingeleitet worden mit den betreffenden preußischen Ressorts. Die Ergebnisse dieser Berathungen liegen nur in ihren Grundzügen vor, in welchen privatrechtliche und gewerbepolizeiliche Bestimmungen gefordert werden. Der Gesetzentwurf ist bisher noch nicht ausgearbeitet worden. Allein sehr bald, vielleicht schon nach Ostern könnte ein solcher an den Bundesrath bezw. an den Reichstag gelangen.

Abg. Wurm (Soz.) bezeichnet es als unangebracht, trotz aller Gegnerschaft gegen die Trunksucht, juristisch vorzugehen gegen diejenigen, welche gezwungen sind, Schnaps zu trinken, da diese meist Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung seien. Die Trunksucht entstehe durch schlechte Ernährung. Durch die Ausbeutung der Arbeitskräfte werde der Arbeiter nervös, und um diese Nervosität zu betäuben, greife er zum billigen Schnaps. Redner bemängelt im weiteren die Zuverlässigkeit der Berichte der Fabrikinspektoren und verlangt eine Erweiterung dieser Berichte sowie der Revisionsstellen. Man müsse auch bessere Vorkenntnisse von den Inspektoren verlangen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Hohenthal nimmt speziell den Gewerberath von Dresden in Schutz, der allgemein als hervorragender Fachmann bekannt sei. Daß er mit Energie Denunziationen und unberechtigten Ansprüchen der Arbeiter entgegengetreten sei, sei ganz gerechtfertigt.

Abg. Bebel (Soz.) behauptet demgegenüber, daß der Dresdener Fabrikinspektor sich immer einseitig auf Seiten der Arbeitgeber gestellt habe. Bei Bekämpfung der Trunksucht solle man auch daran denken, daß eine große Zahl der Studenten, namentlich die Korpsstudenten, mehr Zeit in den Kneipen, als in den Kollegien zubringen.

Die Abgeordneten Ackermann und Dr. Hartmann (konf.) legen Verwahrung dagegen ein, daß die Handhabung der Gesetze in Sachsen von Seiten der Beamten eine parteiische sei.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Darauf vertagt das Haus die Fortsetzung der Berathung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

17. Sitzung vom 19. Januar, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Etats.

Abg. Rickert (dfr.): Die Etatsverhältnisse ziehen diesmal die Aufmerksamkeit weniger auf sich als die großen Reformgesetze, welche maßgebend sind für die innere Entwickelung für lange Zeit, während der Etat seine Wirksamkeit in der Hauptsache nur auf ein Jahr beschränkt. Man kann sich sogar auch freuen, daß wir jetzt einmal eine Zeit haben, in welcher wir uns möglichst wenig über den Etat aufhalten. Das wäre ein Zeichen der Gesundung unserer Finanzverhältnisse. Ich bin auch in Vielem mit dem Finanzminister vollkommen einverstanden. Auch ich sehe in der Finanzpolitik Preußens eine erfreuliche Wendung, namentlich in Bezug auf ein strafferes Anspannen des direkten Steuersystems. Der Finanzminister hat allerdings das Bild etwas blaß, grau, ja mitunter etwas schwärzlich gemalt. In einem Punkte allerdings hat er auch hier Recht; wir haben es seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen immer ausgeführt, daß auch große Ueberschüsse auf die Dauer keine Beruhigung gewähren. Durch jede politische und wirthschaftliche Konjunktur kann das ganze Finanzgebäude über den Haufen geworfen werden Die Vorsicht des Finanzministers verstehe ich also vollkommen; nur bin ich nicht mit ihm einverstanden in dem Verlangen nach neuen Steuern, solange sie nicht nothwendig sind durch nachgewiesene Ausgaben. Unsere große Staatswirthschaft hat sehr erhebliche Gefahren in sich, und ich erkenne es an, wenn der Finanzminister vor den Millionen warnte und auf die Gefahr der großen Betriebsverwaltungen hinwies. Auch seine Betrachtungen über den Werth des sogenannten Garantiegesetzes, der „Schaumklöße" des Herrn v. Stephan, waren für mich sehr erfreulich. Wir haben immer gesagt, das es nicht nur keine Garantie biete, sondern geradezu eine Gefahr sei und die Finanzlage verdunkele, und ich würde mich sehr freuen, wenn der Herr Finanzminister und seine Kollegen die Konsequenz aus dieser Anschauung ziehen und einfach über das Gesetz zur Tagesordnung übergehen würden.

Aber abgesehen von dieser dauernden Gefahr, ist unsere Finanzlage so, daß wir nicht nöthig haben, uns zu beunruhigen. Zudem steht der günstigen Finanzlage Preußens zur Seite eine eminent günstige Finanzlage im Reich, wo wir statt der früheren Fehlbeträge seit zwei Jahren Ueberschüsse aus den Reichseinnahmen haben, welche im laufenden Jahre auf 10 Millionen veranschlagt worden sind; auch die Einzelstaaten erhalten 66—68 Millionen Mark mehr, als veranschlagt. Unter diesen Umständen müssen wir aber auch einig sein in den Konklusionen, welche die Thronrede in den treffenden Worten niederlegt: „Der Stand der Finanzen erfordert eine unmittelbare Vermehrung der Staatseinnahmen nicht." Diesen Satz müssen wir uns sowohl beim Etat wie bei den Steuergesetzen vor Augen halten. Andererseits aber dürfen wir allerdings auch nicht die Ausgaben vermehren, und in dieser Beziehung freue ich mich, daß die Finanzverwaltung jetzt mehr Einfluß zu gewinnen scheint, während sie unter dem früheren Reichskanzler durch die Macht jener Persönlichkeit vollkommen aufgesogen wurde. Nichts wäre gefährlicher, als nun auf allen Gebieten der inneren Verwaltung „die karge Hand in eine reich gebende Hand zu verwandeln." Wir müssen Sparsamkeit üben, um so mehr, als wir ja auf zwei Gebieten große Ausgaben haben, auf dem Gebiete der Schule und der Beamtenbesoldung.

Der Eisenbahnetat ist diesmal der Kritik weniger ausgesetzt als früher. Während ich früher immer die Meinung vertreten habe, daß die Eisenbahnverwaltung die Ueberschüsse viel zu gering veranschlagt, so habe ich diesmal keinen Grund, die Aufstellung des Etats zu bemängeln. 5½ Millionen Mehrüberschuß ist aber wenig gegen früher, und es ist mir namentlich dabei aufgefallen, daß die Mehrausgaben um 5 Millionen höher sind als die Mehreinnahmen. Dieser geringe Ueberschuß ist um so auffallender wenn man in Betracht zieht, daß 750 Kilometer neue Eisenbahnstrecken mehr in Vorschlag gebracht werden. Zu 10 000 Mark pro Kilometer würden die Mehrausgaben 7½ Millionen betragen; die Ueberschüsse verschwinden dann ganz. Die Einnahmen für diesen Etat sind höher berechnet um 650 Mark pro Kilometer, die Ausgaben um 864 Mark. Trotz dieser nun nicht ganz günstigen Aufstellung des Eisenbahnetats darf man doch nicht die Tarifreformforderungen nunmehr zurückstellen. Die Postverwaltung hat bewiesen, daß die Reformen sogar für die Staatskasse einen Vortheil bringen. Es ist eine Gefahr, daß die Eisenbahnverwaltung mit ihren Tarifreformen solange wartet, bis sie der öffentlichen Meinung nachgeben muß. Vor allem wächst die Bewegung für den Zonentarif von Tag zu Tag, und auch in den Kreisen der Fachmänner wird ein Vorgehen auf diesem Gebiet für nothwendig erachtet. Für den Nebenfonds zur Vermehrung der Betriebsmittel kann ich mich nicht erwärmen. Das führt zu einer weiteren Verdunkelung und erschwert die Kontrole der Volksvertreter noch mehr. Es ist besser, in den Etat selbst mehr Mittel zur Verstärkung des Betriebsmaterials einzustellen selbst wenn eine solche Verstärkung nicht erforderlich ist. Man hat dann den Vortheil, daß man das Material, billiger beschaffen kann, wenn es in ruhiger, stetiger Weise vermehrt wird. In Bezug auf die Beschaffung des Betriebsmaterials halten wir das neuerliche Vorgehen des Eisenbahnministers für ganz korrekt. Er hat das Interesse der Gesammtheit zu vertreten und nicht das Recht auf Kosten einzelner industriellen Etablissements die Gesammtheit zu schädigen. Die Zumuthung, bei der Beschaffung von Material nur auf das Inland Rücksicht zu nehmen, ist eine Schädigung der Steuerzahler, und ginge der Minister auf diese Zumuthung ein, so würde er den Ringen machtlos gegenüberstehen. Mit vollem Recht hat er daher versucht, bei den letzten Submissionen den Ring zu brechen. Ich hoffe, daß, wenn er wirklich von seinem Posten abgehen sollte, dieses sein Vorgehen nicht der Grund dazu ist.

Unseren Bedenken über das System der Stellenzulagen hat der Herr Finanzminister volle Genugthuung ertheilt. Ich danke ihm für die Offenheit, mit der er die ungenügende Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses zugestand In der Einführung des Systems der Altersstufen und Vermehrung der etatsmäßigen Beamten werden wir den Herrn Minister freudig unterstützen. Die Vermehrung der Fabrikinspektoren ist die Erfüllung einer alten Forderung: wünschenswerth wäre es nur, wenn man schneller damit vorginge. Beim Bauetat ist eine erfreuliche Ausgabe von 300 000 M. für Versuchsanlagen zur Verbesserung des Deichsystems. Ich möchte aber von der Regierung Aufklärung haben, wie sie sich die Vertheilung der Lasten denkt. Ich habe hierbei zwei Wünsche, erstens, daß das Gutachten der Bauakademie, auf Grund dessen diese Maßregel durchgeführt werden soll, vorgelegt wird; zweitens, daß man die eigenartigen Verhältnisse der Weichsel dabei nicht unberücksichtigt läßt.

Der Etat der Ansiedlungskommission mahnt uns, einmal wieder die Folgen des Ansiedlungsgesetzes zu betrachten. Was hat das Gesetz bis jetzt bewirkt? Wenn auch die 100 Mill. nicht weggeworfen sind, so hat doch die Verschärfung der Gegensätze dazu geführt, daß die polnische Bevölkerung sich immer mehr gegen die deutsche abschloß und eine immer stärkere Phalanx in sich bildete. Den Ländereien, welche aus polnischem in deutschen Besitz übergegangen sind, stehen etwa 30 40 000 Morgen gegenüber, die umgekehrt von Deutschen auf Polen übergegangen sind. Die Maßregel der Regierung wird dadurch paralysirt. Die „Posener Zeitung", welche für das Gesetz war, erklärt jetzt, daß sich auch in den Städten eine Verstärkung des polnischen Elements gezeigt hat, die soweit geht, daß bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Posen die Wähler der ersten Abtheilung verdoppelt sind. Das liegt daran, daß in Folge des vortheilhaften Verkaufs ihrer Güter viele Polen in die Stadt als Rentner gezogen sind. Ferner haben sich in den Städten polnische Gewerbtreibende und Kaufleute etablirt, und ihr Geschäft prosperirt. Ebenso hat die Zahl der polnischen Aerzte und Rechtsanwälte zugenommen. Auch auf dem Lande ist der polnische Einfluß dadurch gestiegen, daß die Polen fest zusammenhalten. Das geht sogar soweit, daß man für bedrängte Polen eine Bank gegründet hat. Das sind die Wirkungen dieser Gesetze. Sie werden niemals mit solchen Maßregeln etwas Ersprießliches erzielen, und Sie werden nur die Bevölkerung aufregen ebenso, wie man jetzt die hannoversche Bevölkerung aufgeregt hat durch die Nichtbestätigung des Herrn v. Bernstorff, der, wie man sagt, ein sehr tüchtiger Mann sein soll. Alle diese Maßregeln bewirken das Gegentheil. Ich freue mich, daß die Regierung wenigstens allmählig dem Drängen von allen Seiten nachgiebt. Allerdings thut sie es nicht ausreichend. Ich hoffe, daß die Mittheilung aus Königsberg, daß dort die Ausweisungen ganz in altem Stil wieder vorgenommen werden sollen, sich nicht bestätigen wird.

Entgegen der Thronrede hat der Herr Finanzminister betont, daß der Staat nicht den Antheil an direkten Steuern bekomme, auf den er ein Recht habe. Bei dem Hinweis auf den gegen das Jahr 1880 jetzt um eine Milliarde höheren Etat hat der Finanzminister aber der Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht Erwähnung gethan, und wenn er an das geringe Wachsen der direkten Steuern in den letzten 10 Jahren erinnert, so vergißt er den Klassensteuer-Erlaß von 24 Millionen. Fürst Bismarck war es, der das direkte Steuersystem in Preußen abgebröckelt hat, und es ist ein bleibender Verdienst der Majorität dieses Hauses, daß sie dagegen Widerstand leistete. Niemand hat die indirekten Steuern mehr unpopulär gemacht, mehr dem Volke denunzirt, wie der damalige Reichskanzler. Wenn die Regierung einen anderen Kurs einschlägt, wir wollen sie unterstützen. Der Finanzminister hat auch ganz vergessen, daß in den letzten 12 Jahren die indirekten Steuern von 5 M. auf 13 M. pro Kopf der Bevölkerung gestiegen sind. Da ist es ja gar kein Wunder, wenn der Reichskanzler darauf bestand, die direkten Steuern nicht anzutasten als Entschädigung dafür. Herr Miquel hat in seiner Rede die Richtung angegriffen, die vom Staate Alles fordert, aber dem Staate nichts geben will. Dieser Richtung treten wir auch mit aller Entschiedenheit entgegen. Eine Volksvertretung, welche Ausgaben, die sie als nöthig erachtet, bewilligt, und die Einnahmen dafür verweigert, verkennt ihre Pflichten gegen den Staat. Aber ich halte andererseits eine Regierung und eine Volksvertretung, welche auch nur einen Pfennig Steuern mehr auferlegt, als die jeweilig festgestellten Verwendungszwecke nothwendig machen, nicht für die Träger einer richtigen Finanzpolitik; wir wollen das Bewußtsein haben, daß in jedem Jahre so viel an öffentlichen Lasten aufgebracht wird, als

das betreffende Jahr zur Deckung der Lasten braucht. Bewilligen, um das Geld in den Kasten zu legen, das können wir nicht. Erst müssen die Verwendungszwecke festgestellt werden bis in alle Einzelheiten hinein, dann können wir die zur Deckung nöthige Summe bewilligen. Wir verlangen eine Einrichtung, wie sie in jedem konstitutionellen Staate ist und zu einer gesunden Finanzpolitik gehört. Nichts ist unrichtiger, als wenn man unsere Forderung als eine solche gegen die Rechte der Verfassung und der Krone charakterisirt. Wir halten die Interessen der Krone für identisch mit denen des Staates, denn wir sind eine monarchische Partei. Aber gerade deswegen verlangen wir eine Quotisirung. Denn eine gesunde sparsame Finanzpolitik liegt im Interesse der Krone und des Staates. Wir haben ja nicht gezögert, bei der Landgemeinde-Ordnung der Krone ein weitgehendes Recht zu geben, weil wir glauben, daß nicht kleine lokale Interessen maßgebend sein sollen und die Krone gemeinsame Interessen des Staates vertritt. Wir werden nicht eher ruhen mit der Quotisirung, bis sie bewilligt ist. So sehr ich mit dem Finanzminister einverstanden bin, daß Sparsamkeit nothwendig ist, so sehr muß ich mich dagegen verwahren, als ob es ein fatalistisches Gesetz ist, daß die Ausgaben des Staates von Jahr zu Jahr wachsen müssen. Der preußische Staat der die große Aufgabe auf sich genommen hat, als Führer von Deutschland dieses Reich zu einem mächtigen Staatswesen zu erheben, das die erste Stimme im Rathe der Völker Europas führt, hat von 1820—65 nicht einen Pfennig mehr an direkten Steuern erhoben und seine Aufgabe glorreich durchgeführt. Woher will der Finanzminister dieses fatalistische Gesetz ableiten? Ich erkennne es nicht an. Ich werde mich freuen, wenn die Finanzverwaltung zu den altbewährten preußischen Grundsätzen zurückkehrt. Treten Sie jener Richtung entgegen, die alles vom Staate fordert, ohne ihm etwas geben zu wollen; aber treten Sie auch der Richtung entgegen, die aus der Kasse der Steuerzahler herausnehmen will, ohne vorher die Verwendungszwecke für diese Gelder zu haben. Dann allein werden Sie eine gesunde Finanzpolitik erhalten und ich hoffe, der gegenwärtige Finanzminister wird darin mit uns auch einmal zusammentreffen. (Beifall links.)

Abg. v. Tiedemann-Bomst (frk.): Meine Voraussage, daß der Aufschwung im Handel und Verkehr wie eine Sturzwelle gekommen sei und wie diese auch rasch wieder verschwinden würde, hat sich durchaus bestätigt. Der Etat der Seehandlung illustrirt das deutlich. Ueberall ist ein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen. Mit Vorsicht ist daher auch das Drängen auf Reformen im Eisenbahnamt aufzunehmen. Ich habe die Ueberzeugung, der Zonentarif wird bei uns nie kommen. Das große Drängen nach Ermäßigung der Personentarife halte ich überhaupt nicht für angebracht. Dagegen befürworten möchte ich eine Ermäßigung der Tarife für Massengüter. Ein Dispositionsfonds für Beschaffung von Betriebsmaterial ist durchaus richtig. Denn die Einstellung der Mittel für das einzelne Jahr in den jedesmaligen Etat würde dahin führen, daß der Etat nicht würde balanzirt werden können. Das Garantiegesetz ist durchaus nöthig, da sonst die Schuldentilgung zurückbleiben würde. Schon jetzt ist die Schuldentilgung nicht ausreichend. — In Bezug auf die Folgen des Ansiedelungsgesetzes hat Abg. Rickert ein ganz falsches Bild gegeben. Die nationalen Gegensätze in der Provinz Posen haben sich nicht zugespitzt, sondern im Gegentheil mehr ausgesöhnt; das hat die Haltung der polnischen Fraktion bei den vorjährigen Militärforderungen zur Genüge gezeigt.

Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben. In der Presse ist es vor Kurzem mehrfach so dargestellt worden, als wenn meine politischen Freunde in der Wirthschaftspolitik heute eine andere Stellung einnehmen als bisher. Herr v. Kardorff hat in Folge dessen sich veranlaßt gesehen, in der „Post“ eine Erklärung darüber abzugeben. Er hat im Reichstage bereits erklärt, daß die ganze Reichspartei mit dieser Erklärung vollkommen einverstanden ist, und ich gebe diese Erklärung im Namen meiner politischen Freunde hier ab, bis auf den einzigen Punkt, die Haltung in der Währungsfrage, in welcher die Ansichten getrennt sind.

Abg. v. Czarlinski (Pole): Ich glaube nicht, daß der Finanzminister an eine Erhöhung der Steuern denkt, zumal Angesichts der neuen Steuerreform, wonach gerade die unteren Klassen erleichtert werden sollen. Es ist ja unleugbar, daß bei Wenigen eine Erhöhung des Wohlstandes stattgefunden hat, von einem allgemeinen Wohlstand kann aber keine Rede sein. Ein Wohlstand kann nur herrschen bei allgemeinem Vertrauen, nicht aber bei Verhetzung der Bürger unter einander. Die letzte Nachwahl in Schlochau-Flatau hat bewiesen, daß man mit diesem Verhetzungssystem noch nicht gebrochen hat, daß man keine Achtung hat vor völkerrechtlichen Verträgen und vor königlichen Zusagen. Die Zulassung polnischer Arbeiter, die in der letzten Zeit verfügt ist, ist allerdings ein kleiner Fortschritt, aber nur im Interesse der Arbeitgeber, nicht in der Absicht, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Wer die Verhältnisse der ledigen Arbeiter beim Rübenbau sieht, bekommt den ganzen Rübenbau satt. Der Etat könnte günstiger gestaltet werden, wenn man den Luxus des Instituts der Polizei-Distriktskommissarien sich ersparen würde. Die Wirkung des Ansiedlungsgesetzes hat Abg. Rickert ganz richtig dargestellt. Wenn Abg. v. Tiedemann meint, die Abstimmung der Polen bei der Militärvorlage sei eine Folge des Ansiedelungsgesetzes, so beruht das auf einer vollständigen Verkennung des polnischen Charakters. Die Ansiedlungskommission muß sobald wie möglich ihre fruchtlose Thätigkeit einstellen.

Beim Eisenbahnetat wünschen wir eine Ermäßigung wenigstens der Tarife, die die Produktionsverhältnisse in einzelnen Gegenden günstiger gestalten sollen.

Die polnischen Unterthanen haben trotz der Unterdrückung und ungerechten Behandlung Seitens der Regierung stets ihre Pflicht gethan. Möge der Staat jetzt auch seine Pflicht gegenüber seinen polnischen Unterthanen erfüllen.

Abg. Dr. Sattler (ntl.): Meine politischen Freunde werden diesmal nicht die Einsetzung einer besonderen Eisenbahnkommission beantragen, da schon genug Kommissionen vorhanden sind. Der Etat bietet diesmal ja auch wenig Besonderes. Im Einzelnen halte ich bei der Neuorganisation der Gewerbeinspektion eine besondere Dampfkesselinspektion für durchaus angezeigt. Die Vermehrung der definitiven Stellen und Verminderung der Diätare ist dringend wünschenswerth, desgleichen die Ausdehnung des Systems der Alterszulagen. Bei der Eisenbahnverwaltung bin ich mit der Vermehrung der Betriebsmittel aus Ueberschüssen einverstanden. Ich erkenne die Vorsicht der Etatsichätzung an, nur halte ich es für fraglich, ob bei den Werken und Eisenbahnen die erwarteten Einnahmen eintreten werden; namentlich zu den letzteren berechtigen die bisherigen Erfahrungen wenig, da die hohen Erträgnisse der Vorjahre ihren Grund in den besonders günstigen Industrieergebnissen hatten, auf die man bei dem Rückgang der Industrie nicht mehr in demselben Maße rechnen darf. Man wird daher unter Umständen sich auf einen Abschlag gefaßt machen müssen. Dagegen dürfte der Betrag der Ueberweisungen vom Reich zu niedrig veranschlagt sein, was indessen auf die Reichsverwaltung zurückzuführen ist. Im Ganzen wird der Etat wohl etwas größere Ueberschüsse, als angenommen, ergeben. Diese sind aber auch zu einer ausreichenden Schuldentilgung nur zu nothwendig. Daß das Ansiedlungsgesetz eine ungünstige Wirkung gehabt hat, bestreite ich. Ein Ausnahmegesetz ist es nicht gewesen, es hat aber die beabsichtigte Vermehrung des deutschen Besitzes thatsächlich bewirkt.

Die Mahnung des Herrn Rickert an uns, nicht mehr Steuern zu bewilligen als absolut nothwendig sind, war unnöthig. Denn auch wir haben das Prinzip stets befolgt. Man darf aber nicht vergessen, daß die Steuerreformen die geeigneten Grundlagen bieten zu Ueberweisungen der Realsteuern an die Kommunen.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.): Der Etat ist diesmal recht übersichtlich und vorsichtig abgefaßt. Ich erkenne die Nüchternheit der Rede des Herrn Finanzministers nach jeder Beziehung an. Wir wollen nach seinem Beispiele die Finanzlage nüchtern betrachten und vor allem die Mahnung zur Sparsamkeit beherzigen, selbst wenn ihm diese Sparsamkeit hier und da unbequem sein sollte. Die Eisenbahnverwaltung hat ja auch diesmal wieder ansehnliche Ueberschüsse geliefert; aber trotzdem bin ich kein Freund des ganzen Systems. Man muß auch an Tage des Unglücks denken, und gerade diese Rücksicht zwingt uns ganz besonders zur Sparsamkeit. Sonst wäre ja unsere Finanzlage glänzend zu nennen.

Die Maßnahmen gegen die Polen haben auch wir stets bekämpft. Es ist ein Gebot des gesunden Menschenverstandes, hier von den eingeschlagenen Maßnahmen abzusehen. Die schlimmen Folgen der Ausweisung polnischer Arbeiter hat die Landwirthschaft ja zur Genüge kennen gelernt. Wenn diese Politik nun aber aufgegeben wird, wird dann auch alles Elend, das sie angerichtet, wieder aufgehoben, wird die russische Regierung mit ihren Repressalien aufhören? Ich wäre dafür, daß die Ansiedelungskommission sofort aufgehoben wird. Man könnte die Summen ja zu anderen produktiven Zwecken verwenden, zum schnelleren Ausbau des Sekundärbahnnetzes, zu weiteren Kanalisirungen u. a. m. Mit dem bisherigen Zwangssystem muß jedenfalls gebrochen werden. Es ist bedauerlich, daß es zuletzt noch in Hannover zur Anwendung gekommen ist. Es ist mir unbegreiflich, wie man einem Mann von so autoritativer Art wie dem Grafen Bernstorff die Bestätigung hat verweigern können. Bei dem Ministerium des Innern werden wir das noch näher besprechen, da ja die Maßnahme nicht ausgegangen ist vom Finanzministerium, sondern von dem Ministerium des Innern.

Wie wir im Innern eine Annäherung wünschen, so thun wir dies auch nach außen hin, besonders in Bezug auf das Bündniß mit Oesterreich-Ungarn. Ich erkenne an, daß das politische Bündniß nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht auch wirthschaftlich eine Annäherung erfolgt. Natürlich muß diese vorsichtig geschehen unter Schonung der materiellen Interessen. Ich bin bereit, darin der Regierung meine Hilfe zu leihen, soweit das meine Ueberzeugung zuläßt.

Finanzminister Dr. Miquel: Für die freundliche Beurtheilung des Etats kann ich nur dankbar sein. Ich werde die „nüchterne und trockene“ Art der Einbringung auch ferner beibehalten; ich betrachte mich da nur als Referent, wende mich an den kritischen Verstand, nicht an das Gemüth, denn das paßt bei Zahlen nicht. Die Vorsicht bei der Aufstellung war unerläßlich.

Herr Rickert hat in seinem Ausspruch, daß eine Vermehrung der Steuersätze nicht nothwendig sei, außer Acht gelassen, daß naturgemäß durch die moderne Entwicklung des Staates auf sozialem Gebiet der Staat seine Thätigkeit ausdehnen muß. Er muß vielfach eintreten, wo Individuen und kleinere Körperschaften die ihnen zukommenden Aufgaben nicht leisten können. Aber allerdings ist dabei genau zu unterscheiden, wo es Aufgabe des Staates ist, einzugreifen, und wo andere Körperschaften und Individuen sich allein helfen können. Wo letzteres der Fall ist, soll das Individuum eine Ehre darin setzen, sich selbst zu helfen und nicht die Hilfe Anderer zu suchen. Es tritt ja überall die Neigung hervor, Vortheile vom Staate zu verlangen ohne Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit desselben. Das gilt z. B. auch von dem Wunsche des Herrn Windthorst nach Vermehrung der Sekundärbahnen. Hier muß man doch auch das Bedürfniß mit der vermuthlichen Wiedereinbringung der Ausgaben vergleichen. Es ist doch ein großer Unterschied zwischen Bahnen, die sich selbst erhalten, und solchen, die sich verzinsen. Bei einem guten direkten Steuersystem können solche Meliorationen ja viel stetiger vor sich gehen, und darum meinte ich, daß unser direktes Steuersystem sich nicht entwickelt hat entsprechend der Entwickelung des Etats, es entspricht nicht der dreiprozentigen Theilnahme des Staats an dem gewachsenen Volkseinkommen, und eine solche entsprechende Antheilnahme bezwecken ja die Reformen.

Der Einwand, man soll nicht Steuern ohne Verwendungszwecke bewilligen, traf nicht das Richtige. Denn schließlich dienen alle bewilligten Steuern doch für unabwendbare Ausgaben, namentlich für die Landesvertheidigung. Auch in Preußen lassen sich nicht gut Ersparnisse machen. Es ist also nur das Nothwendige bewilligt worden.

Auch jetzt fordert die Regierung keine Mehreinnahmen aus der Steuer; sondern will solche zur Entlastung des Grund und Bodens und der Kommunen verwenden. Mehr läßt sich auch vom rein konstitutionellen Standpunkt nicht fordern.

Die Erhöhung der Eisenbahnausgaben war in Folge der höheren Materialpreise und dergl. unvermeidlich. Neben der Entwickelung des Eisenbahnwesens wird sich die Regierung besonders diejenige der Wasserstraßen angelegen sein lassen (Beifall.) Die Aufhebung des Eisenbahngarantiegesetzes ist nicht meine Absicht, da dasselbe doch der Finanzverwaltung immerhin einige Garantien giebt. Aber zweifellos herrscht allgemeine Unklarheit darüber, wie das Gesetz operirt und daher wird man doch wohl einer Revision des Gesetzes näher treten müssen. (Abg. Rickert: Abschaffen!) Der Ansicht bin ich nicht.

Ueber die Wartheregulirung sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen, namentlich nicht bezüglich der Vertheilung der Ausgaben, besonders in Betreff der Stadt Posen. Wir hoffen aber auf baldigen Abschluß.

Ueber die Maßnahmen der Ansiedlungskommission kann sich Niemand beklagen. Das waren Kulturmaßregeln, keine Kampfmaßregeln, Ankauf von Grundbesitz und Ansiedelung von Kleinbesitzern. Die Gegensätze werden hoffentlich mehr und mehr in den Hintergrund treten, und der Standpunkt der Verfassungstreue und der Zusammengehörigkeit im preußischen Saate der allgemeine werden.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Ich möchte mich dagegen wenden, daß hier Angriffe gegen den früheren Finanzminister v. Scholz gerichtet werden. Wir zollen demselben denselben Beifall wie früher.

Der Etat zeigt überall größte Sparsamkeit. Aber er zeigt auch durchweg ein Wachsen der Ausgaben, einen Rückgang der Einnahmen. Besonders steigen überall die Gehälter, in der Position Gewerbeschulen wachsen die Forderungen erheblich. Wir werden zu untersuchen haben, nicht ob der Andrang zu diesen Schulen so groß ist, sondern vielmehr ob das Bedürfniß nach aus diesen Schulen Hervorgegangenen wirklich in so hohem Maße besteht.

Ueberall da, wo die Landwirthschaft allein betrieben wird, geht sie zurück. Nur da vermag sie sich zu halten, wo Zuckerindustrie betrieben wird. Wie soll das aber nun werden, wenn der Zuckersteuerreformentwurf Gesetz wird und die Zuckerindustrie schutzlos auf dem Weltmarkt steht? (Beifall rechts.) Die Folgen eines solchen Vorgehens würden Sie im nächsten Jahre beim Etat der Domänen schwer spüren.

Die Signatur des ganzen Etats ist große Vorsicht. Deshalb müssen wir, da die Reform der direkten Steuern auch kein genügendes Finanzkorrektiv bilden wird, uns ablehnend verhalten gegen die Ansprüche von anderer Seite. Wir dürfen deshalb nicht unsere Haupteinnahmequelle, die Eisenbahneinnahme, gefährden, indem wir auf die Herabsetzung der Eisenbahntarife eingehen. Und ebenso sehr müssen wir uns gegen die Ermäßigung der Kornzölle aussprechen. Auch bei dem deutsch-österreichischen Handelsvertrage müssen wir an diesem Wunsche festhalten. Bei dem Abschluß des politischen Bündnisses war doch die Voraussetzung, daß das deutsche Reich ein ebenbürtiger Alliirter ist, weshalb sich der andere Theil sagte, daß er denselben Vortheil wie wir von der Allianz haben. Die Vortheile der politischen Allianz aber werden keineswegs durch Handelsverträge bedingt. In diesem Falle ist es nicht möglich, große Tarifermäßigungen in dem einen oder anderen Lande eintreten zu lassen, ohne wesentliche Interessen zu verletzen. In Oesterreich verlangt man Konzessionen von Deutschland auf landwirthschaftlichem Gebiete. Es ist aber ganz unmöglich, daß die Oesterreicher auf industriellem Gebiete in entsprechendem Maße Gegenkonzessionen machen können, und dadurch tritt die Gefahr ein, daß, weil doch große wirthschaftliche Kreise darunter leiden, man sich überlegt, ob das politische Bündniß ein solches Opfer werth ist. Diese Gesichtspunkte sind doch sicher auch der Beachtung werth. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Kanitz (kons.) wendet sich gegen eine Rede des Abg. Rickert auf einer Versammlung in Dirschau über die Landgemeindeordnung, in welcher derselbe den Konservativen Verletzung der Thronrechte vorgeworfen habe. Auch der Minister habe in der Kommission einen ähnlichen Vorwurf gemacht, sich aber wohl nichts für die Konservativen Nachtheiliges dabei gedacht. Die Aufgabe der konservativen Partei hat aber stets darin bestanden, die Rechte der Krone zu schützen gegen Abbröckelungsversuche anderer Parteien, (Zustimmung rechts), und diesen Standpunkt vertritt sie auch in der Landgemeindeordnung. Durch ihre ablehnende Stellung will sie das monarchische Prinzip aufrecht erhalten, das erschüttert werden würde durch Herabdrückung des leistungsfähigen und angesehenen Bauernstandes, der besten Säule des Königthums.

Abg. Rickert: Es ist richtig, daß die konservative Partei den Schutz der Thronrechte immer als Fahne vorangetragen hat. Das haben die Konservativen aber auch gethan in den Zeiten des absoluten Staates, aus denen das Wort stammt: Und der König ablolut, wenn er unsern Willen thut. Wir werden ja sehen, wie auf dem Gebiet der Kirche die konservative Partei den Schutz des summus episcopus auffaßt.

Ich bedaure, daß Herr Graf Limburg den deutsch-österreichischen Handelsvertrag so auffaßt, als ob derselbe im Stande sein würde, das politische Bündniß zu gefährden. Eine solche Auffassung ist mir unbegreiflich. Gerade die Verhältnisse der modernen Kultur haben die Völker doch auf einen freundschaftlichen Verkehr miteinander hingewiesen. Ich bin gerade umgekehrt der Meinung, daß ein Handelsvertrag mit Oesterreich das freundschaftliche Bündniß zwischen den beiden Brüderstaaten fester kitten wird. Es ist eben eine irrige Auffassung, daß Staatsinteressen die Begünstigung einzelner privilegirter Klassen verlangen. Wir freuen uns, daß der Herr Reichskanzler nicht blos den baldigen Abschluß der Verhandlungen mit Oesterreich, sondern Anknüpfung weiterer Vertragsverhandlungen mit anderen Völkern angekündigt hat. Wir meinen, es muß angeknüpft werden an jene große Periode, die mit dem Handelsvertrag mit Oesterreich 1865 anfing, und bei dem der damalige Ministerpräsident v. Bismarck erklärte, daß diese Handelsverträge eine neue Epoche im internationalen Verkehr bilden und zur Festigung der Freundschaft unter den Völkern dienen würden. Wir bedauern es, daß aus der Mitte der Volksvertretung hier ein solcher Ruf hat ertönen können, daß Handelsverträge mit anderen Völkern Feindschaft unter ihnen machen. Im Gegentheil, derartige Handelsverträge bilden die Stufenleiter zur Versöhnung der gegenseitigen Interessen, und ich kann nur wünschen, daß die gegentheilige Meinung im deutschen Volke keinen Boden hat. Ich freue mich, daß nicht dieser Landtag, sondern der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Reichstag über die Frage zu entscheiden hat, und bin dessen sicher, daß, wenn der Handelsvertrag dort vorgelegt wird, er auch Annahme findet. (Beifall links.)

Minister des Innern Herrfurth: Ich hebe nochmals, wie schon in der Kommission hervor, daß die Beschlüsse zu § 2 der Landgemeindeordnung für die Regierung unannehmbar sind; ich glaube jedoch, es ist keineswegs eine Verständigung ausgeschlossen. Es kommt nur darauf an, daß, wenn man etwas sagt, sich auch das Richtige dabei denkt. Schwierig ist allerdings eine Verständigung mit denen, welche für gewisse Begriffe andere Worte wie die Wissenschaft und die Gesetzgebung brauchen. So hat z. B. Herr Graf Kanitz in einem Flugblatt der Regierung vorgeworfen, sie wolle die Einführung von Sammtgemeinden durch die Vorlage herbeiführen, während er damit das meint, was lediglich die Bildung leistungsfähiger Einzelgemeinden ist,

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Hierauf bemerkt Abg. Graf Limburg, er habe nicht behauptet, daß die Handelsverträge schlechthin in politischer Beziehung schädlich seien, sondern nur, wenn dieselben große Opfer auferlegen.

Hierauf werden eine Reihe von Etatspositionen der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Anträge Richter betreffend den Fideikommißstempel und betreffend Gehaltsverhältnisse von Eisenbahnbeamten.)

Schluß 3¾ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar.

— Der Kaiser hatte am Sonnabend Nachmittag eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler v. Caprivi. Am Sonnabend Abend war der Kaiser auf einem Herrenabend in der Offiziers-Ressource des Kaiser Alexander Garde-Grenadierregiments anwesend. Am Sonntag Vormittag hielt der Kaiser das Krönungs- und Ordensfest ab und konferirte dann mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Marschall. Am Sonntag Abend besuchte der Kaiser die Vorstellung im Opernhause. Am Montag Mittag begab sich der Kaiser zur Einweihungsfeier der neuerbauten Friedenskirche nach der Ruppinerstraße in Berlin. Am Montag wurden dem Kaiser noch diejenigen Kadetten vorgestellt, welche in diesem Jahre in die Armee treten.

— Der Kaiser soll, wie nach einer Mittheilung des „Hamb. Korresp.“ aus Berlin gerüchtweise verlautet, dem Fürsten Bismarck zu Weihnachten ein Album mit Aufnahmen aus dem Palais des alten Kaisers geschickt haben, worauf Bismarck brieflich dankte. Zu Neujahr soll dann ein telegraphischer Glückwunsch des Kaisers erfolgt sein. — Wenn dies sich so verhält, meint die „Frs. Ztg.“, so erscheint das Verhalten des Fürsten Bismarck in den „Hamb. Nachr.“ und bei den Unterredungen mit Max Bewer vor und nach Neujahr noch ganz besonders tadelnswerth.

— Dem Berliner Magistrat ist folgendes Dankschreiben der Kaiserin zugegangen:

„Dankbaren und froh bewegten Sinnes blicke Ich auf das

verflossene Jahr zurück, in dem Gottes Güte die Mir theuren Güter erhielt und neues Glück hinzufügte. Die warme Antheilnahme des Magistrats der Residenzstadt Berlin wie die freundlichen Wünsche für das begonnene Jahr haben Meinem Herzen wohlgethan. Wenn die Fürsorge, die Ich den kirchlichen Interessen der Stadt Berlin gewidmet habe, nicht ohne sichtbaren Erfolg geblieben ist, so verdanke Ich das neben zahlreichen anderen hilfsbereiten Gebern auch dem opferwilligen Entgegenkommen des Magistrats, dessen thätige Unterstützung — so vertraue Ich — auch ferner dem begonnenen Werke nicht fehlen wird. Den Magistrat versichere Ich gern Meiner steten Theilnahme an der weiteren gedeihlichen Entwickelung des großen Gemeinwesens, wie Meines besonderen Interesses an den vielen Wohlthätigkeits-Einrichtungen für Arme und Hilfsbedürftige.

Berlin, 17. Januar 1891.

gez. Auguste Victoria,
Kaiserin und Königin.

An den Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin."

— Ueber Major v. Wißmann waren im Reichstage am Montag beunruhigende Nachrichten verbreitet, welche auf ein am Freitag eingetroffenes Telegramm aus Zanzibar an den Lieutenant v. Tiedemann zurückgeführt werden. Danach soll Wißmann, wie gestern bereits telegraphisch gemeldet, so schwer nervenkrank sei, daß er keinerlei Geschäfte mehr vorzunehmen im Stande sein. Die Nachricht fand allgemein Glauben, obwohl das Auswärtige Amt eine Meldung nicht erhalten hat. Das Auswärtige Amt hat aber auch die schon seit Sonnabend in Kolonialkreisen bekannt gewordene Nachricht nicht dementirt. Nach einem Telegramm, welches der „Times" und dem „Berl. Tagebl." am Montag aus Zanzibar zugegangen ist, soll Wißmann am Donnerstag mit 10 Offizieren und 500 Mann in der Richtung nach dem Kilimandscharo aufgebrochen sein. — Der Zweck einer solchen Expedition ist nicht ersichtlich.

— Zur Zolldebatte im Reichstage erhält die „Bresl. Ztg." von ihrem Berliner parlamentarischen Korrespondenten eine interessante Zuschrift, in der es u. a. heißt:

Die echten und rechten Junker scheinen auch im Reichstage entschlossen, es auf eine Kraftprobe mit dem „neuen Kurs" ankommen zu lassen. Bei der Berathung des deutsch-österreichischen Zollvertrages wird die Krisis zur Entscheidung kommen. Wenn nicht Alles trügt, machen auch hier die schutzzöllnerischen Intransigenten gemeinsame Sache mit dem frondirenden Verfasser der bekannten Belferartikel in den „Hamburger Nachrichten", der als ihr hinter den Kulissen stehender Chordirigent den Takt schlägt. Diejenigen unter den Konservativen, die noch im Stande sind, sich einen gewissen Grad von Besonnenheit anzueignen, und man darf so viel Klugheit und soviel Selbsterhaltungstrieb bei Allen voraussetzen, die da wissen, daß sie ihr Dasein im Reichstage nur dem guten Willen der Regierung verdanken, diese werden allerdings zu rechter Zeit „einlenken". Mit den unverbesserlichen Extremen wird dann die unbeeinflußt stimmende Wählerschaft von selbst aufräumen. Die Zeiten, wo die ganze konservative Fraktion in einer Droschke ins Parlament fahren konnte, liegen noch nicht ein Menschenalter hinter uns. Recht deplacirt nehmen sich die Versuche einiger agrarischer Redner aus, den Fürsten Bismarck gegen die angeblichen „Verunglimpfungen" ihres großen Wohlthäters durch Eugen Richter in Schutz zu nehmen. Man sieht es den Herren an, daß ihnen dabei selbst nicht recht wohl ums Herz ist; denn die Art, wie in den „Hamburger Nachrichten" der gegenwärtigen Regierung aus dem Hinterhalt Knittel zwischen die Beine geworfen werden, wird selbst von den einstigen Intimen des alten verbitterten Herrn in Friedrichsruh für nicht ganz einwandfrei gehalten. Um so possirlicher ist es, wenn manche Zeitungen da draußen, die über die wahre Katzenjammerstimmung in den „maßgebenden", ehemals bedingungslos-Bismärckischen Kreisen schlecht unterrichtet sind, sich berufen fühlen, ihrerseits mit einer übel angebrachten, ganz unmotivirten moralischen Anwandlung sich an einem Manne wie Eugen Richter zu reiben, wie dies beispielsweise die „Schlesische Zeitung" thut. Sie spricht, als hätte sie einen alten Blankenburgschen Leitartikel aufgestöbert, verächtlich von den „kleinen Feinden" des großen Mannes, der ... und nun folgen die üblichen Verherrlichungsphrasen —, von jenen „kleinen Feinden", deren Namen „dem Gedächtniß des Volkes entschwinden werden, sobald sie von der politischen Schaubühne abgetreten sind." Ach nein, so rasch geht das doch nicht. Noch ist nicht ein Jahr seit Bismarcks Sturz ins Land gegangen, und schon kracht das stolze Gebäude seiner wirthschaftlichen Experimentirsucht in allen Fugen. Immer größer aber wird der im Sinne der „Schles. Zeitung „kleinste" seiner Gegner, dessen thatkräftiger Opposition gegen die verderbliche Politik Bismarcks schon heute der Gang der Ereignisse Recht giebt. Und wenn dereinst ein weniger vom byzantinischsten Bismarck-Enthusiasmus infizirtes Geschlecht mit den letzten Spuren seines Systems aufgeräumt haben wird, dann wird man um so rückhaltloser anerkennen, daß gegenüber diesem System der Interessenpolitik und der Großziehung politischen Duckmäuserthums ein Mann wie Richter, trotzdem er Jahre lang in gemeinster Weise mit Gift und Galle bespritzt wurde, auf Seiten des Volkes Stand gehalten zu Gunsten politischer Gerechtigkeit und Freiheit!

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 19. Jan. Nach einer Meldung der „Bresl. Ztg." ist der Ausstand der Puddler in der Laurahütte beendet.

Hirschberg i. Schl., 19. Jan. Das Eisenbahn-Betriebsamt Görlitz meldet: „Sämmtliche gesperrten Strecken des Amtsbezirks sind seit Sonntag Nachmittag $2\frac{1}{2}$ Uhr für den Personenverkehr wieder frei. Der Güterverkehr wird voraussichtlich am Dienstag wieder eröffnet.

Hamburg, 19. Jan. Infolge des andauernden Frostes wird der Verkehr auf der Unterelbe immer gefährlicher. Der Warnungsdampfer „Diana" verbleibt in der Nähe von Helgoland. Die Gezeiten sind äußerst niedrig. Mehrere Unfälle sollen auf der See vorgekommen sein.

Hamburg, 19. Jan. Nach einer aus Iquique eingetroffenen Meldung ist daselbst ein von England abgegangenes Segelschiff erst nach 190 Tagereisen angekommen. Das Schiff soll dieselben Stürme, von denen man Orths Schiff betroffen glaubt, bestanden und Orths Schiff auch gesehen baben. Man glaubt, dadurch zu neuen Hoffnungen auf eine Rettung Johann Orths berechtigt zu sein.

Metz, 19. Jan. Der Heizer Sommerfeld ist heute als zweites Opfer des Unfalls von Remilly hier gestorben.

Karlsruhe, 19. Jan. Prinz Wilhelm reist heute Abend nach Petersburg, um dort der Beisetzung der Leiche des Herzogs von Leuchtenberg, seines Schwagers, beizuwohnen.

Karlsruhe, 19. Jan. Wegen starken Eisganges ist die Schiffbrücke bei Maxau abgefahren worden; die badischen Züge verkehren nur bis Maxau.

Wien, 19. Januar. Die Leiche des Botschafters Sadullah-Pascha wird auf Befehl des Sultans nach Konstantinopel übergeführt.

Wien, 19. Januar. Wie verlautet, wird sich der Erzherzog Eugen in Vertretung des Kaisers Franz am 25. Januar nach Berlin begeben, um der Taufe des jüngsten Sohnes des Kaisers Wilhelm beizuwohnen.

Petersburg, 19. Jan. Die russische „St. Petersb. Zeitung" erörtert das Urtheil des Appellgerichtshofes der Seine in dem Prozesse gegen Labruyère und meint, der Spruch des Appellhofes sei, ohne letzteren irgendwie einer Feindseligkeit gegen Rußland verdächtigen zu wollen, gleichwohl befremdlich und das dem Spruche zu Grunde gelegte Motiv sei erstaunlich. Irgend welcher Zweifel daran, daß Padlewski durch Labruyère Unterstützung und Beihilfe erhalten habe, sei gar nicht möglich. Der Gerichtshof hätte die Strafe Labruyères ermäßigen können, aber daß derselbe Labruyère für nicht schuldig erklärt habe, sei ein absoluter Fehler und geeignet, einen wenig zu rechtfertigenden Präzedenzfall zu schaffen für internationales und französisches Lumpengesindel, das aus der Verübung revolutionärer Handlungen ein Gewerbe mache.

Stockholm, 19. Jan. Der Reichstag ist heute mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben wird das gute Verhältniß zu allen Mächten betont und die günstige Finanzlage hervorgehoben, welche eine kräftige Entwickelung der Staatseisenbahnbauten und die Förderung anderer wichtiger Staatsbedürfnisse ohne Zuhilfenahme einer neuen Anleihe gestatte. An Vorlagen werden angekündigt eine neue Heeresordnung, ein neues Schifffahrtsgesetz und ein Unfallversicherungsgesetz für Arbeiter.

Paris, 19. Jan. Telegraphische Mittheilungen aus Südfrankreich melden andauernde, ungewöhnlich starke Kälte. Im Departement du Gard fürchtet man, daß die Olivenernte geschädigt werde. Bei Beaucaire läuft man auf der Rhone Schlittschuh. Die Häfen von Toulon und La Seyne sind mit Eis bedeckt, ein Umstand, der seit Menschengedenken in Toulon nicht vorgekommen ist. In der Umgebung von Perpignan sind mehrere Personen erfroren. Der Eisenbahn- und andere Verkehr ist mehrfach unterbrochen. Das von Algier kommende Packetboot „Afrique" ist in Port-Vendres (Depart. östliche Pyrenäen) mit Eis bedeckt angekommen. Heftige Orkane und ungewöhnliche Kälte herrschen auch in ganz Spanien. In Saragossa sind 14 Grad Kälte.

Paris, 19. Jan. Die Deputirtenkammer genehmigte einstimmig mit 532 Stimmen den von dem Minister des Innern verlangten Kredit von 2 Millionen Franks für die durch die ungewöhnliche Kälte Heimgesuchten.

Paris, 19. Jan. Die Zollkommission der Deputirtenkammer lehnte bei Prüfung des Berichts der Unterkommission über die Zölle auf Textilwaaren die Amendements, welche Baumwolle und unbearbeiteten Flachs mit Zöllen belegen wollten, ab. Dieselben bleiben also zollfrei. Dagegen legte die Kommission Zölle von 10 Frcs. 40 Cent. im Maximaltarif, resp. von 8 Frcs. im Minimaltarif auf gehechelten Flachs und Werg und von 15 Frcs. 60 Cent. (resp. 12 Frcs.) auf gekämmten Flachs, für welche die Regierung Zollfreiheit beantragt hatte.

London, 19. Januar. Auf einem egyptischen Papyrus-Manuskript im britischen Museum wurde nahezu der vollständige Text der Abhandlung des Aristoteles über die Verfassung von Athen aufgefunden.

Die ausständigen Bahnbediensteten in Glasgow und Edinburg hatten am Sonnabend große Kundgebungen veranstaltet, die ohne jede Ruhestörung verliefen. Die Direktoren der nordbritischen Eisenbahn haben es erneut abgelehnt, Zugeständnisse zu machen und erklärt, die Ausständigen müßten erst die Arbeit wieder aufnehmen, bevor ihre Beschwerden erörtert werden könnten. Bei der Caledonian-Eisenbahn sind bereits alle durch den Streik entstandenen Lücken ausgefüllt. Auf den übrigen schottischen Eisenbahnen bessern sich die Verkehrsverhältnisse.

Pineridge, 19. Januar. Der General Miles hat den Truppen in einem Tagesbefehl angezeigt, daß die Feindseligkeiten mit den Indianern in befriedigender Weise beendet seien.

San Francisco, 19. Jan. Aus Apia eingetroffenen Nachrichten zufolge ist am 30. Dezember v. J. der für Samoa ernannte Oberrichter v. Cederkrantz daselbst eingetroffen und an der Landungsstelle von den Konsuln Deutschlands, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Nordamerika empfangen worden. Eine Ehrenwache von Samoanern geleitete den Oberrichter zur Wohnung des Königs Malietoa.

Hamburg, 19. Januar. Die Postdampfer „Cheruskia" und „Bohemia" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft haben, von Newyork kommend, ersterer am 18. Januar Abends 10 Uhr und letzterer heute früh 5 Uhr Lizard passirt.

Paris, 19. Jan. In der Kammer beantwortet Minister Ribot die Interpellation Bourgeois betreffend Kündigung der Handelsverträge. Die Regierung, so erklärte er, wolle nicht alle Handelsverträge kündigen, aber Frankreich die Freiheit der Tarife und insbesondere die Handelsbeziehungen in Belgien, der Schweiz und Spanien sichern; die Meistbegünstigung mit Oesterreich, Rußland und Dänemark sei aufrecht zu halten. Cassagnac erklärte die Zustimmung der Rechten, die von der Regierung gebilligte Tagesordnung wurde mit 458 gegen 11 Stimmen angenommen.

Marseille, 20. Januar. Das Packetboot „Ville Naples" von der transatlantischen Kompagnie ist gestern Morgen von Neapel hier angekommen; dasselbe lief am Nachmittag wieder aus, um das Packetboot „Ville Brest" zu suchen, welches seit vier Tagen fällig ist; seit seiner Abreise von Tunis ist keine Nachricht eingetroffen.

Brüssel, 20. Januar. Die liberale Vereinigung und die konstitutionelle Union des Arrondissements Brüssel veröffentlichen eine Kundgebung, welche besagt, die Einberufung der beiden Milizklassen sei das größte Unrecht für die Bürgerschaft der Hauptstadt. Da der Präsident der Repräsentantenkammer sich weigerte, die Vertreter der Vereinigungen im Repräsentantenhaus zu empfangen, hielten es die Vereinigungen unter ihrer Würde, sich dorthin zu begeben; sie werden deshalb morgen den Mitgliedern der Kammer, die für die Revision sind und die Vertreter auch empfangen wollen, die Adresse im Hotel Ville überreichen.

Angekommene Fremde.

Posen, 20. Januar.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Geh. Ober.-Reg.-Rath Hasse, Geh. Finanz-Rath v. Rheinbaben, Geh. Rath v. Wilmowski aus Berlin, Landes-Oekonomie-Rath und Rittergutsbesitzer Kennemann aus Klenka, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer Jouanne aus Santomischel, die Kaufleute Tietz aus Friedeberg i. d. Neumark, Schatz aus Breslau, Fürst aus Glogau, Lewin aus Stettin, Knigge aus Berlin, Ebel aus Altona.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Fellgiebel aus Poklatki, Mathes aus Bialentschin, Rimann aus Cerekwice, Fabrikant Trumpf aus Altenburg, die Kaufleute Eisenstädt aus Koschlau, Lewin, Brühl, Jung, Fogge aus Leipzig, Rötger, Bloch, Hartmann, Daniel, Wolfenstein, Kayser aus Berlin, Böhm, Walter, Barsdorff aus Breslau, Hardt aus Gevelsberg, Speichert aus Machel, Hanau aus Paris, pr. Arzt Dr. Schmidt aus Schokken, Privatier v. Dannenberg aus Berlin, Gutsbesitzer Pilaski aus Warschau.

Grand' Hotel de France. Frau Rittergutsbesitzer Pilaska und Tochter, Frau Eigenthümer Chylewski aus Rußland, Propst Sikora aus Gryglewo, die Kaufleute Jacoby aus Berlin, Rößler, Tenscher aus Breslau, Oberförster Schnieber aus Mokrz.

Stern's Hotel de l'Europe. Direktor Suckrow aus Kassel, Fabrikbesitzer Nettelbeck aus Schwedt, Stud. jur. Harter aus Breslau, Baumeister Tubecke aus Königsberg, Frau Rolof aus Stettin, Photograph Bussert aus Dessau, die Kaufleute Goedecke aus Dresden, Bäuerle aus Herford, Malchin aus Oldenburg, Trojan aus Köln.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Die Rittergutsbesitzer Urbanowski und Tochter aus Gosciesżyn, von Gluszkowski aus Targownica, von Sokolnicki aus Piglowice, die Kaufleute Steinmetz aus Breslau, Jaeger aus Kaiserswalde, Arzt Dr. Szrandt aus Pinne.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Wolff, Herrm. und Max Lewandowski aus Berlin, Schömann aus Breslau, Zollern aus Stettin, Kaiser aus Zwickau und Handwerk aus Liegnitz.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Bluth, Heinsius aus Berlin, Reich aus Newyork, Spiro aus Breslau, Kaphan aus Schroda.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus", vorm. Langner's Hotel. Die Kaufleute Schroeter aus Würzburg, Epstein aus Wohlau, Biner aus Posen, Fahrenhein, Brünig aus Berlin, Beamter Zerbe aus Sagan, Fabrikbesitzer Wiener aus Oppeln.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Dannenberg, Menzel aus Stettin, Graul aus Breslau, Bloch aus Berlin, Fabrikant Papilsky aus Posen, Zahlmeister-Aspirant Włodarski aus Glogau.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Hempel aus Leipzig, Morawitz, Kublauk aus Berlin, Glasfabrikant Gorgk aus Sorau, Gymnasiast Jahn aus Halle a. S., Gutsbesitzer Bischke aus Rudonk, Ober-Grenz-Kontrolleur Heinrich aus Strzalkowo, Direktor Stutzbach aus Pankow.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 19. Jan. Bergwerke schwach.

$3\frac{1}{2}$ %ige L.-Pfandbriefe 97,90, 4 %ige ungarische Goldrente 92,80, Konsolidirte Türken 18,90, Türkische Loose 80,00, Breslauer Diskontobank 106,75, Breslauer Wechslerbank 105,75, Schlesischer Bankverein 124,00, Kreditaktien*) 175,90, Donnersmarckhütte 88,00, Oberschlesische Eisenbahn 88,00, Oppelner Zement 108,75, Kramsta 130,50, Laurahütte 138,00, Verein. Oelfabr. 101,75, Oesterreichische Banknoten 178,00, Russische Banknoten 236,60.

*) Per ultimo.

Schles. Zinkaktien 192,00, Oberschles. Portland-Zement 116,00, Archimedes —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 130,50, Flöther Maschinenbau 114.

Frankfurt a. M., 19. Jan. Effekten-Sozietät. (Schluß). Kreditakt. $271\frac{7}{8}$, Franzosen $217\frac{3}{8}$, Lombarden 114, Galizier —, Egypter 97,60, 4 % ungar. Goldrente 92,70, 1880er Russen —,—, Gotthardbahn 157,40, Diskonto-Kommandit 211,80, Dresdner Bank 154,50, Laurahütte 138,30, Gelsenkirchen 172,90. Ruhig.

Privatdiskont $3\frac{1}{8}$ Prozent.

Wien, 19. Jan. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 352,50, österr. Kreditaktien 306,75, Franzosen 244,60, Lombarden 128,75, Galizier 209,80, Nordwestbahn —,—, Elbethalbahn 221,50, österr. Papierrente 90,90, do. Goldrente 108,30, 5proz. ungar. Papierrente 101,00, 4proz. do. Goldrente 104,15, Marknoten 56,25, Napoleons 9,06, Bankverein 116,25, Tabaksaktien 147,00, Alpine Montan 92,30, Unionbank 242,50, Länderbank 216,50. Schwach.

Petersburg, 19. Jan. Wechsel auf London 85,40, Russ. II. Orientanleihe $104\frac{5}{8}$, do. III. Orientanleihe $106\frac{1}{4}$, do. Bank für auswärtigen Handel $283\frac{1}{2}$, Petersburger Diskontobank 604, Warschauer Diskontobank —,—, Petersburger intern. Bank 505, Russ. $4\frac{1}{2}$ proz. Bodenkredit-Pfandbriefe $139\frac{1}{2}$, Große Russ. Eisenbahn $217\frac{1}{2}$, Russ. Südwestbahn-Aktien $114\frac{3}{4}$.

Paris, 19. Jan. (Boulevard-Verkehr.) 3 % Rente 95,26, Italiener 92,50. 4 % ungar. Goldrente —,—, Türken —,—, Türkenloose —,—, Spanier 76,15, Egypter 490,93, Banque Ottomane —,—, Rio Tinto 578,75, Tabaksaktien 334,37, Panama 37,50. Ruhig.

London, 19. Januar. (Schlußkurse.) Matt.

Engl. $2\frac{3}{4}$ prozent. Consols $97\frac{1}{16}$, Preuß. 4proz. Consols 105, Ital. 5proz. Rente $91\frac{3}{8}$, Lombarden $12\frac{1}{16}$, $3\frac{1}{2}$ 4proz. 1889 Russen (II. Serie) $98\frac{1}{4}$, konv. Türken $18\frac{7}{8}$, österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 95, 4proz. ungarische Goldrente $91\frac{5}{8}$, 4proz. Spanier $75\frac{3}{8}$, $3\frac{1}{2}$ proz. Egypter $93\frac{3}{4}$, 4proz. unific. Egypter $97\frac{1}{8}$, 3proz. garant. Egypter $101\frac{1}{8}$, $4\frac{1}{4}$ proz Trib.-Anl. 99, 6proz. Mexikaner $91\frac{1}{2}$, Ottomanbank $14\frac{5}{8}$, Suezaktien $96\frac{1}{2}$, Canada Pacific $77\frac{7}{8}$, De Beers neue $16\frac{3}{8}$, Platzdiskont $1\frac{7}{8}$.

In die Bank flossen heute 20 000 Pfd. Sterl.
Aus der Bank flossen 209 000 Pfund Sterl. nach Holland, 29 000 Pfd. Sterl. nach Deutschland.

Börse matt auf Gerüchte, daß sich eine größere Londoner Firma mit südamerikanischen Verbindungen in Zahlungsschwierigkeiten befinde.

Rio de Janeiro, 17. Jan. Wechsel auf London 19½.

Produkten-Kurse.

Köln, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 19,00, do. fremder loko 22,00, per März 19,75, per Mai 19,90. Roggen hiesiger loko 17,50, fremder loko 19,25, per März 17,60, per Mai 17,20. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder 17,00. Rüböl loko 61,90, per Mai 60,10, per Oktober 59,50.

Bremen, 19. Januar. Petroleum. (Schlußbericht) Besser. Standard white loko 6,65 Br.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 143½ bez.

Norddeutsche Wollkämmerei 179 Br.

Hamburg, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko neuer 188—195. Roggen loko fest, mecklenburg. loko neuer 185—192, russischer loko fest, 128—134. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) fest, loko 60. — Spiritus fest, per Januar 37¾ Br., per Februar 37 Br., per April-Mai 36½ Br., per Mai-Juni 36¾ Br. — Kaffee fest. Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest. Standard white loko 6,80 Br., per Februar-März 6,70 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 19. Jan. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per Jan. 12,72½, per März 12,87½, per Mai 13,05, per August 13,32½. Stetig.

Hamburg, 19. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 81¾, per März 78, per Mai 76¾, per September 73¾. Kaum behauptet.

Pest, 19. Jannar. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, per Frühjahr 8,06 Gd., 8,08 Br., pr. Herbst 7,72 Gd. 7,74 Br. Hafer per Frühjahr 6,88 Gd. 6,90 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,18 Gd. 6,20 Br. — Kohlraps per Aug.-Sept. 1891 13,25 a 13,35. Wetter: Milder.

Paris, 19. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 26,70, per Februar 26,70, per März-Juni 27,00, per Mai-August 27,00. Roggen behauptet, per Januar 17,10, per Mai-August 17,60. Mehl ruhig, per Januar 59,60, per Februar 59,80, per März-Juni 60,00, per Mai-August 59,90. Rüböl ruhig, per Januar 65,50, per Februar 66,00, per März-Juni 67,50, per Mai-August 68,25. — Spiritus fest, per Januar 37,00, per Februar 37,75, per Mai-August 40,25, per September-Dez. 39,50. — Wetter: Schnee.

Paris, 19. Januar. (Schlußbericht.) Rohzucker 88° ruhig, loko 33,25 à 33,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Januar 35,87½, per Februar 36,12½, per März-Juni 36,75, per Mai-August 37,25.

Havre, 19. Jan. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per März 99,00, per Mai 97,75, per September 94,25. Ruhig.

Havre, 19. Jan. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert.

Rio 5000 Sack, Santos 7000 Sack. Recettes für Sonnabend.

London, 19. Januar. 96pCt. Javazucker loko 15¼ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 12⅝ fest. Centrifugal Kuba —.

London, 19. Jan. Chili-Kupfer 53, per 3 Monat 53¾.

London, 19. Januar. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Frost.

London, 19. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten allgemein sehr ruhig, stetig, Hafer fester, thätiger.

London, 19. Jan. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 10. bis zum 16. Jan.: Englischer Weizen 2869, fremder 13 575, englische Gerste 2018, fremde 3 496, englische Malzgerste 22 402, fremde —, englischer Hafer 1707, fremder 48 199 Qrts. Englisches Mehl 19 626, fremdes 23 295 Sack und — Faß.

Bradford, 19. Jan. Wolle ruhig, aber stetig, Garne thätiger, Stücke ruhig.

Liverpool, 19. Januar. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 B. Ruhig.

Middl. amer. Lieferungen: Januar-Februar 5 9/64 Werth, Februar-März 5 11/64 Käuferpreis, März-April 5 7/32 do., April-Mai 5 17/64 do., Mai-Juni 5 5/16 do., Juni-Juli 5 11/32 do., Juli-August 5⅜ do., August-September 5 11/32 d. do.

Glasgow, 19. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbres Warrants 47 sh. 4 d.

Glasgow, 19. Jan. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 4990 Tons gegen 6130 in derselben Woche des vorigen Jahres.

Antwerpen, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen höher. Roggen fest. Hafer belebt. Gerste fest.

Antwerpen, 19. Januar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 22½ bez., 22¾ Br., per Jan. 20½ Br., per Februar 17 bez., 17 Br., per März 16¾ Br. Fest.

Amsterdam, 19. Januar. Java-Kaffee good ordinary 58½.

Amsterdam, 19. Jan. Bancazinn 53.

Amsterdam, 19. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März 221. Roggen loko unverändert, do. auf Termine fester, per März 156 a 155, per Mai 150 a 149. Raps per Frühjahr —. Rüböl loko 32, per Mai 30⅛, per Herbst 30⅞.

Newyork, 19. Jan. Rother Winterweizen per Januar 1 D. 04¾ C., per Februar 1 D. 04¾ C.

Berlin, 20. Jan. Wetter: Leichter Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 19. Januar. Im sonntäglichen Hamburger und Frankfurt a. M.-Privatverkehr herrschte bei kaum verändertem Werthstand sehr stille Haltung. Da auch die heute von den auswärtigen Plätzen vorliegenden Meldungen ziemlich farblos lauteten, so eröffnete unsere Börse die neue Woche in reservirter, abwartender Stellung. Dem Geschäft waren mit unwesentlichen Ausnahmen recht enge Grenzen gezogen, wobei die Kurse entweder fest auf ihrem letzten Niveau beharrten oder aber, mit einer geringen Neigung nach abwärts nur unbedeutende Differenzen gegen dasselbe aufwiesen.

Die günstigen Ziffern des heute zur Veröffentlichung gelangten Ausweises unserer Reichsbank blieben auf die allgemeine Tendenz einflußlos, da dieselben vollständig aufgehoben wurden durch die unbefriedigende Beurtheilung des Quartalsabschlusses der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Bankaktien wurden in sehr geringem Umfange gehandelt und hatten selbst die spekulativen Titres nur in Berliner Handelsgesellschaft und Dresdener Bank etwas regere Umsätze aufzuweisen.

Inländische Eisenbahnaktien verkehrten sehr still, zeigten sich aber meist gut behauptet. Ausländische Eisenbahnen auf die durch Schneeverwehungen beeinträchtigten Betriebseinnahmen, die besonders bei Franzosen und Lombarden durch die letztwöchentlichen Mindererergebnisse illustrirt wurden, mehr angeboten, still und matter. Montanwerthe theilweise belebter zu ermäßigten Kursen, die sich später etwas aufbesserten, Kassa-Effekten den spekulativen vorgezogen. Andere Industriepapiere ohne regere geschäftliche Beachtung, aber vorwiegend fest.

Fremde Fonds still, ziemlich fest. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe bei mäßigen Umsätzen gut behauptet.

Privatdiskont 2⅞ Proz.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. Januar. Die Getreidebörse war heute außerordentlich still. Die Preise für **Weizen**, **Roggen** und **Hafer** sind fast ganz unverändert. Auch **Roggenmehl** ist bei geringen Umsätzen unverändert. **Rüböl** still, behauptet. **Spiritus**. Die sehr knappe Lokozufuhr brachte um 80 Pf. höhere Preise. Auch für Termine zeigte sich gute Frage, und der Werth besserte sich ebenfalls um ca. 80 Pf.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko still. Termine fest. Gekündigt — Tonnen Kündigungspreis — Mk. Loko 184—196 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 191 Mark, märk. 188 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per Januar-Februar — bez., per März-April—, per April-Mai 195,5—195,25 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli —.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko in guter Frage. Termine wenig verändert. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 169—180 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 177 Mk., inländischer mittel 174—176, guter 177—179 ab Bahn bez., per diesen Monat 178,5 bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 172—172,25—171,5—171,75 bez., per Mai-Juni 169—,25—168,75 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Fest. Große und kleine 133 bis 190 M. nach Qualität. Futtergerste 138—154 M.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko fest. Termine gut behauptet. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mark. Loko 139—156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 143 M., pommerscher, preußischer und schlesischer mittel bis guter 140—146, feiner 148—153 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per Januar-Februar 142 nom., per Februar-März —, per März-April —, per April-Mai 142—142,25 bez., per Mai-Juni 143 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine fest. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 132—146 M. nach Qualität, per diesen Monat 132,25 bez., per Januar-Februar —, per März-April — bez., per April-Mai 129,5 nom., per Mai-Juni — bez.

Erbsen per 1000 Kg. Kochwaare 156—176 M., Futterwaare 137—143 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kg. brutto incl. Sack. Termine still. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat — bez., per Januar-Februar 24,3 bez., per Februar-März —, per März-April —, per April-Mai 23,7 bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sack. Loko 22,75 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Januar 12,85 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sack. Loko 22,75 M.

Rüböl per 100 Kilo mit Faß. Behauptet. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — Mk. Loko mit Faß —, loko ohne Faß —, per diesen Monat 58,6 M., per April-Mai 58,6—,5—,7 bez., per Mai-Juni 58,6 M., per September-Oktober 58,4 bez.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Ztr. — M. Termine —. Gekündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loko — bez. Per diesen Monat — Mark.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — Mark. Loko ohne Faß 68,7—69,1 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 49,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Steigend. Gekündigt 30 000 Liter. Kündigungspreis 48,6 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 48,2—,7 bez., per Januar-Februar 48—,5 bez., per April-Mai 48,2—,9—,8 bez., per Mai-Juni 48,4—49—48,9 bezahlt, per Juni-Juli 48,8—49,4—49,3 bez., per Juli-August 49,1 bis 49,8—49,7 bez., per August-September 49—,4 bez., per September-Oktober 46—,7—,6 bez.

Weizenmehl Nr. 00 27,5—26, Nr. 0 25,75—24,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 24,5—23,75, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 25,25—24,5 bezahlt, Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll = 4¼ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf., 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto — Wechsel v. 19.

Ort	Diskont	Frist	Kurs
Amsterdam	2½	8 T.	168,35 bz
London	5	8 T.	20,33⁵ bz
Paris	3	8 T.	80,55 bz B.
Wien	4½	8 T.	178,00 bz
Petersburg	6	3 W.	234,50 bz
Warschau	6	8 T.	235,25 bz

In Berlin 4. Lombard 4½ u. 5.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sorte	Kurs
Souvereigns	20,30 bz G.
20 Francs-Stück	16,13 G.
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,335 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	80,85 G.
Oestr. Noten 100 fl.	178,15 bz
Russ. Noten 100 R.	235,45 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Papier	Zins	Kurs
Dtsche. R.-Anl.	4	106,80 bz
do. do.	3½	98,40 bz
do. do.	3	86,80 bz
Prss. cons. Anl.	4	106,00 B.
do. do.	3½	98,70 bz B.
do. do.	3	86,80 bz G.
Sts.-Anl. 1868	4	86,80 bz
Sts-Schld-Sch.	3½	
BerlStadt-Obl.	3½	96,20 bz G.
do. do. neue	3½	86,30 bz G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	95,00 G.
Pfandbriefe: Berliner	5	117,10 B.
do.	4½	111,50 G.
do.	4	104,20 bz
do.	3½	97,20 bz
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	97,10 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	99,00 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,90 bz
Pommer.	3½	97,50 bz
do.	4	
Posensch.	4	101,40 bz
do.	3½	96,75 bz
Schl. altl.	3½	97,90 bz
do. do.	4	101,75 G.
ldschl. LtA.	3½	97,80 G.
do.	4	
do. do. neu	3½	
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	97,10 bz
do. neul. II.	3½	97,10 bz
Renten: Pommer.	4	102,30 bz
Posensch.	4	102,30 bz
Preuss.	4	102,30 bz
Schles.	4	
Bad. Eisenb.-A.	4	102,40 bz
Bayer. Anleihe	4	105,90 bz
Brem. A. 1890	3½	97,80 bz B.
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,40 G.
do. do. 1886	3	86,00 B.
do. amort Anl.	3½	
Sächs. Sts. Anl.	4	
do. Staats-Rnt	3	88,20 G.
Prss. Präm-Anl	3½	171,25 bz
H. Pr.-Sch. 40 T.	—	327,75 G.
Bad Präm.-An.	4	139,90 bz
Bayr Pr.-Anl.	4	140,90 bz

(Loose)

Papier	Zins	Kurs
Brnsch. 20 T. L.	—	105,50 bz B.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	137,00 B.
Dess. Präm.-A.	3½	138,50 G.
Ham. 50 T.-L.	3	141,50 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	132,90 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	27,80 bz B.
Oldenb. Loose	3	128,80 bz

Ausländische Fonds.

Papier	Zins	Kurs
Argentin. Anl.	5	70,60 bz
do. do.	4½	55,60 bz
Bukar. Stadt-A.	5	97,25 bz G.
Buen. Air. G.-A.	5	70,00 B.
Chines. Anl.	5½	109,75 bz G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	74,70 bz B.
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	97,80 bz G.
do. 1890	3½	92,20 bz
do. Daira-S.	4	95,25 bz
Finnländ. L.	—	60,60 G.
Griech. Gold-A	5	92,10 bz G.
do. cons Gold	4	70,25 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	90,60 bz G.
Italien. Rente	5	93,00 B.
Kopenh. St.-A.	3½	94,75 G.
Lissab. St. A. I. II.	4	77,10 bz G.
Mexikan. Anl.	6	93,30 bz
Mosk. Stadt-A.	5	75,75 B.
Norw. Hyp-Obl	3½	96,75 G.
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	96,50 bz G.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	80,60 bz
do. do.	5	91,10 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	81,00 bz B.
do. 250 Fl. 54.	4	121,10 bz
do. Kr. 100 (58)	—	329,00 bz
do. 1860er L.	5	127,50 bz
do. 1864er L.	—	323,25 bz
Poln. Pf.-Br. I-IV	5	
do. Liq.-Pf.-Br.	4	69,25 bz
Portugies. Anl. 1888—89	4½	86,75 bz G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	105,10 bz
Röm. Stadt-A.	4	
do. II. III. IV.	4	84,00 B.
Rum. Staats-R.	4	86,25 B.
do. do. fund.	5	101,60 bz
do. do. amort.	5	100,10 bz B.
do. do. Rente	4	86,00 G.
Rss. Engl. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	87,30 bz
cons. 1871		
do. 1872		
do 1873		
do. 1875	4½	102,00 G.
do. 1889	4	98,40 G.
do. 1880	4	98,10 bz
Russ. Goldrent	6	106,90 bz
do 1884 stpfl.	5	105,80 G.
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	76,90 bz
III. Orient 1879	5	78,00 bz
Nikolai-Obl.	4	99,25 bz
Pol. Schatz-O.	4	
Prä.-Anl. 1864	5	173,00 B.
do. 1866	5	163,00 B.
Bodkr.-Pfdbr.	5	110,25 B.
do. neue	4½	102,50 G.
Schwedische	3½	95,50 bz
Schw. d. 1890	3½	95,90 bz G.
do. 1888	3	
Schw. Hyp.-Pf.	4½	103,00 B.
Serb. Gld-Pfdb.	5	95,00 bz B.
do. Rente	5	89,00 bz G.
do. do. neue	5	90,10 bz G.
Stockh. Pf. 87.	4	100,00 bz G.
do. St.-Anl. 87	3½	92,10 G.
Span. Schuld	4	76,25 G.
Türk. A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	24,60 G.
do. do. C.	1	18,80 G.
do. do. 90	4	74,10 bz
Trk. 400 Frc.-L.	—	80,50 bz
do. Eg Trib-Anl	4½	99,40 bz
do. Tabk-Regie	4	
Ung. Gld-Rent.	4	92,90 bz
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,60 bz G.
do. do do.	4½	101,60 bz G.
do. Papier-Rnt.	5	90,30 bz
do. Loose	—	255,80 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	105,75 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Papier	Div.	Kurs
Aachen-Mastr.	2⅝	71,50 bz
Altenbg.-Zeitz	8 4/15	175,50 bz
Crefelder	4½	102,80 bz
Crefld-Uerdng	0	44,75 bz G.
Dortm.-Ensch.	3¾	94,75 bz
Eutin-Lübeck	1½	53,50 bz G.
Frnkf.-Güterb.	½	92,30 bz G.
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	226,25 bz
Lübeck-Büch.	7¾	169,25 bz
Mainz-Ludwsh	4⅔	119,60 bz G.
Marnb.-Mlawk.	⅓	62,60 bz
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,00 G.
Ostpr. Südb.	3	87,40 bz
Saalbahn	⅓	40,50 B.
Stargrd-Posen	4½	102,60 bz
Weimar-Gera	0	24,10 bz G.
Werrabahn	3	77,50 bz G.
Albrechtsbahn	1	38,10 G.
Aussig-Teplitz	18½	
Böhm. Nordb.	7	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	
Buschtherader	8	216,20 bz
Canada Pacifb.	3	74,25 bz
Dux-Bodenb.	7½	239,60 bz
Galiz. Karl-L.	4	94,50 G.
Graz Köflach	7	
Kaschau-Od.	4	76,90 bz
Kronpr. Rud.	4¾	92,50 bz
Lemberg-Cz.	6¾	103,50 bz
Oesterr. Franz.	2,70	109,50 B.
do. Lokalb.	4	79,00 bz G.
do. Nordw.	4¾	95,60 B.
do. Lit. B. Elb.	5½	103,25 bz
Raab-Oedenb.	½	34,00 bz
Reichenb.-P.	3.81	79,70 bz
Südöstr. (Lb.)	1⅗	57,70 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	68,40 bz
Donetzbahn	5	102,00 bz B.
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	10,144	
Mosco-Brest	3	74,10 bz
Russ. Staatsb.	5	130,00 bz G.
do. Südwest.	5⅔	84,20 bz G.
Warsch-Teres	5	102,00 bz
do. Wien.	15	228,00 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	6⅖	130,25 G.
Gotthardbahn	7⅕	
Ital. Mittelm.	5½	101,50 G.
Ital. Merid.-Bah	7⅕	
Lüttich-Lmb.	0,45	28,00 bz G.
Lux. Pr. Henri	2,30	64,10 bz G.
Schweiz. Centr	6⅗	
do. Nordost	6	141,50 bz
do. Unionb.	5	
do. Westb.		
Westsicilian.	4	66,50 bz B.

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Papier	Div.	Kurs
Altdm-Colberg	4½	113,25 bz
Bresl-Warsch.	2¼	56,50 bz B.
Czakat.-St.-Pr.	5	
Dux-Bodnb AB.		
Paul-Neu-Rup.	4½	109,30 G.
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	5½	88,50 bz
Dortm.-Ensch.	4½	112,40 bz G.
Marienb Mlawk	5	116,50 bz G.
Mecklb. Südb.	4	32,10 G.
Ostpr. Südbah	5	115,20 bz G.
Saalbahn	5	169,30 G.
Weimar-Gera	3½	98,70 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Papier	Zins	Kurs
Brsl Schw Frb H		
do. Lit. K		
do. do. 1876		
Bresl.-Warsch	5	
Mz Ludwh 68/9	4	
do. 90	3½	96,50 bz B.
Meckl Fr. Franz	3½	
Nied-Märk III. S		
Oberschl. Lit. B	3½	
do. Lit. E	3½	97,60 bz
do. Em. v. 1879	4½	
do Niedrs Zwg	3½	
do (Starg Pos)	4	
Ostpr Südb I-IV	4½	
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	92,00 G.
Busch Gold-Ob	4½	
Dux-Bodenb. I.	5	93,10 bz
Dux-Prag G-Pr.	5	106,50 bz G.
do.	4	100,50 B.
Franz.-Josefb.	4	86,10 G.
Gal K Ludwg. g.	4½	88,60 G.
do. do. 1890	4	85,40 bz G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,50 B.
Kronp Rudolfb	4	85,20 G.
do. Salzkammg	4	100,75 B.
Lmb Czernstfr	4	81,25 B.
do. do. stpfl.	4	74,25 G.
Oest. Stb. alt, g	3	84,50 bz G.
do. Staats- I. II	5	106,80 G.
do. Gold-Prio.	4	101,80 G.
do. Lokalbahn	4½	85,90 G.
do. Nordwestb	5	94,75 G.
do. Ndw B. G.-Pr	5	107,20 bz
do. Lt. B. Elbth.	5	93,40 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	71,00 G.
Reichenb.-Prior. (SNV)	5	96,50 G.
do. Gold-Prior.	5	
Südost. B. (Lb.)	3	67,80 bz G.
do. Obligation.	5	105,20 bz B.
do. Gold-Prior.	4	99,20 B.
Chark.-Asow gar		
Chark. Krem. gar.	5	
Gr. Russ. Eis. gar.	3	83,20 bz G.
Jelez-Orel gar.		
Jelez-Woron. g.		
Ivang.-Dombr. g.	4½	101,25 G.
Kozlow-Wor. g.	4	93,30 B.
Kursk-Chark. 89	4	92,50 G.
do. Chark. As. (O)	4	92,50 G.
do. (Oblig.) gar.		
Kursk-Kiew conv	4	94,00 bz
Losowo-Sebast.	5	98,00 bz
Mosco-Jaroslaw	5	74,00 bz
do. Kursk gar.	4	88,50 G.
do. Rjäsan gar.	4	95,70 bz
do. Smolensk g.	5	101,10 bz
Orel-Griasy conv	4	92,50 G.
Poti-Tiflis gar.	5	101,00 bz G.
Rjäsan-Koslow g	4	93,80 bz G.
Rjaschk-Moroz g	5	100,90 bz B.
Rybinsk-Bolog.	5	96,90 bz
Schuja-Ivan. gar.	5	100,90 bz B.
Südwestb. gar.	4	96,00 bz
Transkaukas. g.	3	82,70 bz G.
Warsch.-Ter. g.	5	101,90 bz G.
Warsch-Wien n.	4	96,50 bz G.
Wladikawk. O. g.	4	94,90 bz G.
Zarskoe-Selo	5	93,80 G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	57,50 bz B.
Serb. Hyp.-Obl.	5	93,60 G.
do. Lit. B.	5	91,25 G.
Süd-Ital. Bahn	3	60,60 G.
Central-Pacific	5	106,70 G.
Ilinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	98,60 G.
Northern Pacific	6	113,00 bz
San Louis-Francisco	6	107,90 G.
Southern Pacific	6	

Hypotheken-Certifikate.

Papier	Zins	Kurs
Danz. Hypoth.-Bank	3½	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	111,80 bz
do. do. II.	3½	108,20 bz G.
do. do. III. abg.	3½	98,00 G.
do. do. IV. abg.	3½	97,30 G.
do. do. V. abg.	3½	94,00 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	110,80 G.
do. do.	4	100,75 bz G.
do. do.	3½	94,00 G.
Hmb. Hyp. Pf. (rz. 100)	4	100,75 bz
do. do. (rz. 100)	3½	93,90 bz
Meininger Hyp Pfdbr.	4	100,80 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	130,70 bz
Pomm. Hypoth.-Akt.-B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	100,50 bz G.
PrB.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,10 G.
do. Sr. III. V. VI. (rz 100)	5	107,75 G.
do. do. (rz. 115)	4½	114,60 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,00 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,50 G.
Pr. Centr.-Pf. (rz. 100)	4	102,40 G.
do. do. (rz. 100)	3½	94,90 bz G.
do. do. kündb.	4	
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	94,70 bz G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	112,00 G.
do. div. Ser. (rz. 100)	4	100,70 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	94,80 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	100,00 G.
do. do. do.	4	100,70 bz G.
do. do. do.	3½	94,00 bz G.
Schles. B.-Cr (rz. 100)	4	100,50 G.
do. do. (rz. 100)	3½	94,75 G.
Stettin, Nat.-Hyp.-Cr.	5	
do. do. (rz. 110)	4½	104,90 bz
do. do. (rz. 110)	4	100,40 G.
do do. (rz. 100)	4	99,00 bz

Bankpapiere.

Papier	Div.	Kurs
B. f. Sprit-Prod. H	2⅓	73,75 bz
Berl. Cassenver.	6	139,00 bz
do. Handelsges.	12	160,50 bz
do. Maklerver.	10	129,10 bz G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	12	163,00 bz G.
Bresl. Disc.-Bk.	7	106,25 bz G.
do. Wechslerbk.	7	105,00 G.
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	10½	159,50 B.
do. do. junge	4	
Deutsche Bank	10	163,90 bz B.
do. Genossensch	8	127,50 bz G.
do. Hp. Bk. 60 pCt.	6¼	
Disc.-Command.	14	216,90 bz
Dresdener Bank	11	158,75 G.
Gothaer Grundcreditbank	0	87,80 G.
Internat.-Bank	9	108,60 bz
Königsb. Ver.-Bk	6	101,60 bz G.
Leipziger Credit	12	201,25 bz B.
Magdeb. Priv.-Bk	5⅔	113,00 bz B.
Maklerbank	9	122,75 bz G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	7½	130,50 bz
Meininger Hyp.-Bank 50 pCt.	5	104,25 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	7	113,60 bz
Nationalbk. f. D.	10	136,60 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	88,00 bz G.
Oester. Credit-A.	10⅝	175,50 bz
Petersb. Disc.-Bk	19	178,50 bz
do. Intern. Bk.	15	149,50 bz
Pom. Vorz.-Akt.	—	
Posen. Prov.-Bk.	6	112,50 bz G.
Pr. Bodencr.-Bk.	6½	122,10 bz G.
do. Cnt-Bd. 50 pCt	10	155,50 bz G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	120,25 G.
do. Hyp. V. A.-G. 25 pCt.	8	108,80 bz G.
do. Immob.-Bank 80 pCt.	7⅓	359,00 bz G.
do. Leihhaus	10	116,00 bz G.
Reichsbank	7	141,20 G.
Russische Bank	6⅕	82,75 bz
Schles. Bankver.	8	122,50 bz G.
Warsch Comrzb.	9	
do. Disconto	8¼	86,75 G.

Industrie-Papiere.

Papier	Div.	Kurs
Allg. Elekt.-Ges.	10	174,00 bz G.
Anglo Ct. Guano	12½	157,75 bz G.
Bauges. Berl.-Charl.	4	135,00 bz G.
Bauges. City St.-Pr.	5	91,00 B.
Bauges. Dtsche. Bau.	3⅓	89,50 bz G.
Bauges. Hann. St.-P.	4	82,00 bz G.
Bauges. Humb.	8	123,75 bz G.
Moabit	7	118,75 bz
Passage	5½	69,75 bz G.
U. d. Linden	0	26,75 B. G.
Berl. Elektr.-W.	10	186,50 bz G.
Berl. Lagerhof	0	88,00 bz G.
do. do. St.-Pr.	5	119,50 B.
Ahrens Br., Mbt	0	71,[illegible]0 bz G.
Berl. Bock-Br.	0	74,50 bz B.
Schultheiss-Br	16	275,75 bz G.
Bresl. Oelw.	4¾	101,75 bz
Deutsch. Asph.	3	71,00 G.
Dynamit Trust.	8½	160,75 B.
Erdmannsd. Sp	6½	92,60 G.
Fraust. Zucker	0	106,50 bz G.
Glauz. do.	8⅔	113,50 bz G.
Gummi Harbg.-Wien	29	280,20 bz G.
do. Schwanitz	14½	193,00 G.
do Voigt Winde	6	134,00 bz G.
do. Volpi Schlüt	6⅓	104,25 G.
Hemmoor Cem	13	135,40 bz B.
Köhlm. Strk.	14	220,50 G.
Körbisdf-Zuck.	5	106,00 bz G.
Löwe & Co.	18	304,50 bz G.
Bresl. Linke	12	169,10 bz
do. Hofm.	12	164,50 G.
Germ-Vrz.-Akt	—	108,10 bz G.
Görlitz cv.	13	155,00 G.
Görl. Lüdr.	13	169,40 bz
Grusonwrk.	5	160,00 bz G.
H. Paucksch.	8	
Schwarzkopff.	16	276,10 bz G.
Stettin. Vulk.-B	0	118,00 bz G.
Sudenburg	20	277,50 G.
O.-Schl. Cham.	10	117,40 G.
do. Portl.-Cem	10	115,50 G.
Oppeln Cem-F.	7	107,00 bz G.
do. (Giesel)	10	118,00 bz G.
Gr. Berl. Pferdb	12½	25[illegible],50 bz
Hamb. Pferdeb	5	123,75 B.
Potsd. cv Pfdrb	5½	107,25 bz
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	7	80,00 bz G.
Schles. Cem.	14½	141,75 bz
Stett Bred. Cem	7	138,00 B.
do. Chamott.	25	229,00 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	12	177,00 bz G.
Berzelius	6½	118,00 bz G.
Bismarckhütte	18	163,00 bz G.
Boch Gussst-F.	10	147,00 bz
Donnersmrck	4	105,75 bz
Dortm. St-Pr. A	4	84,90 bz
Gelsenkirchen	7	176,80 bz G.
Hibernia	8½	195,50 bz
Hörd St.-Pr.-A.	—	70,10 bz G.
Inowracl. Salz	0	46,60 bz G.
König u. Laura	11	138,10 bz
Lauchham. cv.	13	145,10 G.
Louis. Tief St Pr	3	162,00 bz G.
Oberschl. Bd.	6	87,25 bz G.
do. Eisen-Ind.	14	154,00 bz G.
Redenh. St.-Pr.	7	80,25 bz G.
Riebeck. Mont.	15	189,50 bz B.
Schles. Kohlw.	0	62,25 G.
do. Zinkhütt.	13	189,00 bz
do. do. St.-Pr.	13	189,00 bz
Stolb. Zk.-H.	2½	67,40 bz G.
do. St.-Pr.	7½	128,50 bz G.
Tarnowitz cv.	0	
do. do. St.-Pr.	7	69,00 bz B.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.